

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 111.

Montag, den 13. Mai 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Opfer der Steuerpolitik.

Neue Steuervorlagen werden in der Regel damit eingeleitet, daß der Staatssekretär des Reichsschatzamtes über die günstigste Lage der Finanzen spricht. Dieses besorgte Herr Wermuth am 4. Dezember v. Js. Ist Geld vorhanden, dann drängen die Lieferanten für Heer und Flotte sowie der Kriegs- und Marineminister auf neue Rüstungen, die dann die Wirkung haben, von Jahr zu Jahr zu steigen und bald ist dann wieder ein großes Defizit da, das durch neue Steuern gedeckt werden muß. Sollen neue Steuern geschaffen werden, dann denken unsere Finanzminister in erster Linie an die Tabaksteuer. „Tabak ist kein Nahrungsmittel“, heißt es dann in der Begründung. Durch die Tabaksteuer wird aber Tausenden in Elend lebenden Arbeitern die Nahrung entzogen. Einen Anhaltspunkt über die Größe des Elends, welches durch die zuletzt beschlossene Tabaksteuer geschaffen ist, geben die Rechnungsergebnisse der Tabakberufsgenossenschaft. Man kann aus diesen Rechnungsergebnissen die natürliche Entwicklung, Steigerung der Arbeiterzahl in den versicherten Betrieben, Höhe des Arbeitslohnes usw. ersehen. Die Entwicklung des Gewerbes in den Jahren 1903 bis 1908 ist aus folgender Tabelle zu ersehen:

Jahr	Durchschnittl. Beschäft. Arbeiter	Steigerung bezgl. d. Vorjahr	Prozent	Tatsächlich bezahlter Arbeitslohn Mk.	Steigerung gegen das Vorjahr	Prozent
1903	147 125	—	—	78 132 700	—	—
1904	150 137	3 022	2,5	81 538 054	3 125 308	4,36
1905	153 708	3 561	2,37	82 001 318	3 555 264	4,36
1906	156 357	2 649	1,72	89 868 700	4 777 382	5,62
1907	165 337	8 980	5,75	99 452 509	9 588 809	10,66
1908	175 894	10 557	6,55	107 671 847	8 219 338	8,27

Eine Verlangsamung in der Zunahme der Arbeiterzahl trat 1906, also in dem Jahre ein, als eine Tabaksteuervorlage den Reichstag beschäftigte und das Zigarettensteuergesetz beschlossen wurde. Sicher wäre 1909 und 1910, also in den Jahren mit allgemeiner Steigerung des Wirtschaftslebens, eine ähnliche Steigerung wie 1907 eingetreten. Aber nimmt man nur an, daß die Durchschnittssteigerung der fünf Jahre 1903 bis 1908 eingetreten wäre, nämlich 3,67 Prozent der Arbeiter und 6,65 Prozent der Löhne, dann hätte die Tabelle für 1909 und 1910 folgendes Bild gehabt:

Jahr	Durchschn. Beschäft. Arbeiter	Steigerung	Proz.	Tatsächlich bezahlter Arbeitslohn	Steigerung gegen das Vorjahr	Proz.
1909:	182 340	6455	3,67	114 732 024	7 060 177	6,65
1910:	189 041	6692	3,67	122 471 703	7 739 679	6,65

Ein Blick auf die hier eingelegten Ziffern im Vergleich mit der Entwicklung von 1907 und 1908 wird jedem die Überzeugung beibringen, daß wir hier die denkbar ungünstigsten Ziffern eingelegt haben. 1909 und 1910 waren Jahre mit einer allgemeinen Erholung von der 1907 ausgebrochenen Krise. Ferner ist zu bedenken, daß das Tabaksteuergesetz erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1909 in Kraft trat. Hätte man Ziffern für die einzelnen Monate, dann würden die ersten sieben Monate noch eine Steigerung aufweisen, wie wir sie 1908 hatten. Wahrscheinlich würden im Durchschnitt 181 000 Arbeiter mit einem Jahresverdienst von 117 Millionen Mk. beschäftigt. Wie sieht aber das Bild in den Rechnungsergebnissen der Berufsgenossenschaft aus? Dort finden wir folgende Zahlen:

Jahr	Durchschnittlich beschäftigte Arbeiter	Tatsächlicher Arbeitslohn	Abnahme gegen das Vorjahr
1909:	174 713	107 652 747	19 100
1910:	165 772	101 920 672	5 732 075

Die Abnahme in der Arbeiterzahl ist nicht durch das völlige Ausbleiben des Zuganges herbeigeführt. Die Lehrlinge, aus deren Reihen der Zugang herauswächst, sind nicht entlassen worden. Seder Fabrikant hält sich diese billigen Arbeiter, abgesehen davon, daß es nach der Gewerbeordnung garnicht zulässig ist, Lehrlinge vor beendeteter Lehrzeit zu entlassen. Der Rückgang entstand dadurch, daß die schwächsten Arbeiter ausgeschieden wurden. Man kann also die Differenz zwischen dem nach oben angeführten Rechnung zu erwartenden Arbeitsverdienst und dem tatsächlich gezahlten Lohn als Verlust der Arbeiter bezeichnen. Nach obiger Rechnung hatten die gegen Unfall versicherten Arbeiter in den Jahren 1909 und 1910 Aussicht auf 237 203 727 Mk. Lohn, sie erhielten aber nur 209 573 419 Mk. Der Verlust betrug demnach 27 630 308 Mark.

Dieses ist aber nur ein Teil des Verlustes, denn die sogenannten kleinen Fabrikanten, die sich etwas Tabak

kaufen und die fertigen Zigarren verkaufen, sind nicht gegen Unfall versichert, und sie sind besonders schwer getroffen, weil sie nicht die Mittel hatten, die Fabrikation fortzusetzen. Ferner sind die Hausarbeiter nicht versichert. Würde man diese mit hinzurechnen, dann würde der Verlust der Arbeiter auf reichlich vierzig Millionen Mark steigen. Nun hat man 4 750 000 Mk. hergegeben, mit denen Dreiviertel des entstandenen Schadens ersetzt werden sollte. Der Reichsschatzsekretär hielt sich an die bewilligte Summe. Was nicht bewilligt war, gab er nicht aus. Wohl hat man die Finanzen des Reiches aufgebessert. Sicher ist aber, daß der Verlust der Arbeiter annähernd so hoch war, wie der Gewinn der Reichskasse.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Militäretat im Reichstag.

Die Hoffnungen, die der Kriegsminister wohl gehegt hatte, daß er Sonnabend seinen Etat zu Ende abgeben könnte, sind enttäuscht worden. Er hat es aber schließlich nur sich selbst und seiner Verwaltung zuschreiben, wenn die zweite Lesung des Militäretats noch nicht abgeschlossen werden konnte. Denn gerade die Verhandlung am Sonnabend hat wiederum bewiesen, wie viel und wie große Mißstände in unserem militärischen Organismus der Kritik und der Abhilfe bedürfen. Schon die Generaldebatte, zu der noch eine Reihe von Rednern sprachen, verstärkte diesen Eindruck, der bereits Freitag gewonnen werden mußte. Herr Müller-Meinigen brachte gleich zu Beginn eine Reihe von Beschwerden vor, die sich namentlich gegen die Intoleranz der militärischen Behörden jeder freieren Meinung gegenüber richteten. Und wenn sogar der Nationalliberale Held diese Polemik unterstützen mußte, so weit es sich um die Politik der unpolitischen Kriegervereine handelt, so darf das allein als der Beweis für die Berechtigung der Kritik gelten. Herr von Röcher allerdings stellte sich breitspurig, die Hände in den Hosentaschen, neben die Rednertribüne und erklärte die Eingriffe der angeblich unpolitischen Vereine in die Politik für selbstverständlich und notwendig. Genosse Schöpfli lehnte diese pagige Verteidigung mit dem sehr energischen Hinweis auf die bevorrechtigte Stellung der Kriegervereine ab, und gleichzeitig hielt er noch einmal dem Kriegsminister eine Reihe von Mißständen vor, die in dem willkürlichen Vorgehen seiner Verwaltung beruhen. Die entschiedene Aufforderung unseres Redners, endlich einmal mit aller Rücksichtslosigkeit gegen das grenzenlose Unrecht der Soldatenmißhandlungen vorzugehen, schien dem Kriegsminister ein wenig auf die Nerven zu fallen, und er antwortete mit einer Reihe von Gemeinplätzen, auf die unser Redner nachher noch eine kurze und kräftige Antwort gab.

Inzwischen hatte eine lebhaftige Debatte über das Recht der freien Meinungsäußerung in der Kirche den fortschrittlichen Pfarrer Heyn gegen die Mucker Mümm und Zürn auf die Tribüne geführt.

Auch in der Spezialdebatte, die nun anfang, brachten mehrere Redner unserer Fraktion Mißstände und die mißbräuchliche Praxis der militärischen Behörden zur Sprache. Die Genossen Dr. Quessel und Dr. Weill kritisierten vor allem die oft schamlose Konkurrenz, die insbesondere in Darmstadt und in Metz den Wagenvermietern durch die unerhörte Ausnützung der Krümpewagen gemacht wird. Die Konkurrenz, die die Militärkapellen den Zivilmusikern machen, wurde von Genosse Zubeil beiprochen. Genosse Reil erörterte Arbeitsverhältnisse in einigen Provinzialämtern, und Genosse Albrecht machte eingehendere Ausführungen über die Bekleidungsämter. Vorher hatte der Fortschrittler Götthein noch einmal den schon erörterten Fall des abgelehnten Reservelieutenants besprochen, in dem sich die Militärverwaltung glänzend blamiert hat. Der Kriegsminister war freilich über die durchaus angebrachte Ironie einigermaßen pikiert. Auch Herr v. Gamp war etwas verlegt, weil Genosse Albrecht einige Beispiele von seiner Agitationsmethode mitteilte. Er mußte sich aber von unseren Genossen nachweisen lassen, daß er wirklich eine etwas eigenartige Wahlmache betrieben hatte. Auch eine kleine Handwerkerdebatte gab es noch am späten Abend.

Über die Resolution wird am Montag abgestimmt.

„Sozialdemokratische Drohungen“.

Die „Post“ teilt unter obiger Überschrift mit, daß dem Präsidenten des preußischen Abgeordnetenhauses von Erffa folgende Zuschrift zugegangen ist:

„Wenn Sie nicht sofort von Ihrem Amte zurücktreten, knallen wir Sie bei erster Gelegenheit nieder!!! Solche Gemeinheiten kann man sich von Ihnen, Sie elender Lausbube, nicht gefallen lassen!“

Kaus mit Ihnen oder Untergang!! Wenn Sie sich von Hundert Wächtern bewachen lassen, wir werden Sie schon fassen!“

Daß ausgerechnet die „Post“, deren Beziehungen zur Polizei bekannt sind, zuerst den Brief veröffentlichen kann, dürfte manches erklären. Vielleicht kennt der Gewährsmann der „Post“ auch den Verfasser, der mit der Sozialdemokratie nur insofern in Verbindung stehen kann, als er sie vernunftmäßig zu bespitzeln hat.

Eine konservative Tagung.

Der Gesamtvorstand der Reichs- und freikonservativen Partei tagte am Sonnabend im preußischen Landtagsgebäude. Hr. v. Zedlitz hielt einen Vortrag über die Parteien und die politische Lage. Der Vortrag strögte derart von Gemeinplätzen, daß es unnötig erscheint, über ihn zu berichten.

Die Nationalliberalen und die Erbschaftssteuer.

In der liberalen Breisgauer Zeitung beschwört der Freiburger Historiker und Universitätsprofessor Dr. Meinecke die norddeutschen Nationalliberalen, doch ja für die sozialdemokratischen Anträge auf Einführung bzw. Erweiterung der Erbschaftssteuer zu stimmen. Besorgt klagt er:

„Sollte es aber möglich sein, eine, wenn auch noch so kleine Mehrheit für die Erbschaftssteuer zu schaffen, so müßte die nationalliberale Partei von allen guten Geistern verlassen sein, wenn sie nicht zugriffe. Das hieße nicht nur die Konsequenz ihrer Haltung seit 1909 ziehen und das soziale Unrecht von damals, durch das unser öffentliches Leben so furchtbar geschädigt wird, wieder gutmachen, sondern das hieße auch einem Staatsbedürfnis erster Ordnung dienen und die Reichsfinanzen vor dem Verfall bewahren, der ihnen jetzt wieder droht.“

Der Freiburger Professor wird also mit seinen Mahnrufen kein Glück haben, denn erstens ist bei den rechtsstehenden Nationalliberalen überhaupt wenig Sympathie für die Erbschaftssteuer, und dann wird sich die nationalliberale Reichstagsfraktion hüten, jetzt gegen Regierung und Schwarzblau den Schild zu erheben.

Die Fortschrittliche Volkspartei über den Fall Borchardt.

Die Abgeordnetenfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung, worin sie sagt, daß das Verhalten des Präsidenten scharf kritisiert werden müsse, weil er nicht nur unsern Genossen, sondern sämtliche Abgeordnete, die vor der Rednertribüne standen, zur Entfernung hätte auffordern müssen. Ebenso aber habe auch Borchardt gegen die Ordnung des Hauses schwer verstoßen, da er der letzten und auch der allerletzten Mahnung des Präsidenten nicht gefolgt sei. Aus diesen Gründen würde die Fortschrittspartei durch ihre Abstimmung zu erkennen geben, daß sie die Maßnahme des Präsidenten als nach der geltenden Geschäftsordnung für berechtigt ansehen müsse, sie werde aber, um eine Wiederholung solch trauriger Vorkommnisse unmöglich zu machen, beantragen, daß der § 64 der Geschäftsordnung wieder auf seine frühere Form zurückgeführt werde, daß also die Möglichkeit der Ausschließung und Entfernung eines Abgeordneten beseitigt werde.

Der Reichsverband auf dem Kriegspfad.

Die Führer des Reichsverbandes waren dieser Tage zu einer Art Gründungsfeier verammelt, bei welcher Gelegenheit der ehemalige Reichstagsabgeordnete von Dirksen eine Art Programmrede hielt. Den Niederschlag der Gedanken des Reichsverbändlers Wirkens bildete eine Resolution, die in ihrem wesentlichen Teile besagt:

„Bei den diesjährigen Reichstagswahlen war die angewandte Arbeit nicht von vollem Erfolge gekrönt. Manche glaubten, daß ein Teil der Schuld hierfür der vom Reichsverbande befolgten Haltung beizumessen sei. Diese Annahme ist insofern irrig, als nicht der Reichsverband sich geändert, sondern ein Teil des Bürgertums es nicht verschmäht hat, der Sozialdemokratie durch Stichwahlabkommen eine Reihe von Mandaten anzuliefern, um sich ihre Wahlhilfe in anderen Kreisen damit zu erkaufen. Unter diesen Umständen vermag der Reichsverband nicht länger die bürgerlichen Parteien im Wahlkampfe gleich zu bewerten. Nachdem sich die Voraussetzung geändert hat, von der bei Begründung des Reichsverbandes ausgegangen wurde, daß alle bürgerlichen Parteien einmütig gegen die Sozialdemokratie Front machen würden, wird der Verband genötigt sein, die Folgerung daraus zu ziehen und gegen Verbündete der Sozialdemokratie ebenso vorzugehen, wie gegen diese selbst.“

Der Reichsverband kündigt also den liberalen Parteien die Fehde an, er wird sie künftig in derselben

Schnelligkeit bekämpfen, wie er schon stets die Sozialdemokratie bekämpft hat. Bald nach der Gründung des Reichsverbandes hat bekanntlich der Geschäftsführer des Reichsverbandes, Dr. Bovenius, in einem vornehmlich an einen Zentrumsmann gerichteten Briefe versichert, daß die Ultramontanen an die Reihe kommen sollen, sobald die Sozialdemokraten niedergeworfen sind. Der Reichsverband steht also jetzt gegen Sozialdemokraten, Polen, Dänen, Elffässer und Liberale; daß er nur den geeigneten Moment abwartet, um auch über die Ultramontanen herzufallen, das steht nach der eigenen Bekundung seines Geschäftsführers fest. Was bleibt denn für den Reichsverband nach zur Unterstützung übrig? Die beiden konservativen Parteien, in erster Linie natürlich die Reichspartei. Damit ist der Reichsverband offen das geworden, was er etwas versteckt schon immer war, eine konservativ-schwarzreaktionäre Agitationszentrale. Diese endliche Klärung des Verhältnisses ist nur zu begrüßen, man sieht jetzt klar, daß der Reichsverband alles ohne Unterschied bewirkt, was nicht nach der konservativen Pfeife tanzen will.

Aus der Branntweinsteuerkommission.

Die Kommissionsmehrheit, die von den Konservativen bis zu den Herren Passche und Sieg geht, hoffte, die zweite Lesung des Entwurfs am Sonnabend beginnen und alsbald zu Ende führen zu können. Die Kommission blieb aber nach mehrstündiger Arbeit am 5. hängen, und sie vertagte sich, allen Wünschen der Übereinstimmenden zum Trotz, auf Dienstag.

Die vereinigten Agrarier aller Färbungen hatten eine Zusammenstellung des Entwurfs ausgearbeitet, für den der Konservative Dietrich die Patenschaft übernahm. Aber diese Zusammenstellung war so rasch und naturgemäß so falopp gemacht worden, daß bei § 5 die Schwierigkeiten sich unüberwindlich häuften und die Antragsteller selbst ein Amendement nach dem andern stellten. Diese Verwirrung — die dann zur Vertagung führte — änderte aber nichts daran, daß, wie in der ersten Lesung, die Majorität alle Abänderungsanträge der Linken mit unerschütterlicher Entschlossenheit ablehnte. Der Nationalliberale Sieg mußte allerdings gelegentlich für die Stellung seiner Fraktion im Plenum alle Vorbehalte machen.

Unsere Genossen hatten eine Reihe von den in der ersten Lesung abgelehnten und auch von neuen Anträgen eingegraben. Vor allem wurde wieder unser Antrag zu § 1 behandelt, der anstatt den niedrigeren Abgabesatz von 10 Pfg. den höheren von 12 Pfg. beseitigen will und damit einer neuen Erbschaftsteuer die Wege öffnet. Unsere Genossen Hoffmann, Dr. Südekum, Dr. Weill und Wurm verteidigten den Antrag, der schließlich mit 14 Stimmen gegen die 13 Stimmen der Sozialdemokraten, der Fortschrittler und des Nationalliberalen Röllig abgelehnt wurde. Der Staatssekretär und die Redner der Mehrheit brachten allerhand Einwände vor, während unsere Redner Wert auf die Feststellung legten, daß nach dem Vorgehen des Entwurfs die angebliche „Aushebung der Liebesgabe“ nur und nichts weiter als Spiegelgläser sind!

§ 2 wurde in der Fassung Dietrich angenommen, § 3 gleichfalls, nachdem ein Antrag des Genossen Dr. Weill auf Begünstigung der kleinen Obstbrenner und Hofbesitzer abgelehnt war. Ebenso wurde bei § 4 der sozialdemokratische Abänderungsantrag und darnach ein Eventualantrag des Genossen Dr. Weill zugunsten der kleinen Obstbrenner gegen die Stimmen der Linken abgelehnt und der § 4 angenommen. Bei § 5 (Ermäßigung der Verbrauchsabgabe) entstanden dann die eingangs angeführten Hindernisse.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Sonnabend unter großer Teilnahmslosigkeit die zweite Beratung der Sekundärbahn-Vorlage fort. Am Montag soll über den Protest unseres Genossen Borchardt abgestimmt werden. Es sind große Vorichtsmaßregeln geplant. Offenbar fürchtet man irgendwelche sozialdemokratischen Demonstrationen, woran natürlich im Ernst kein Mensch denkt, zumal es über den Protest nach der Geschäftsordnung keine Debatte gibt; es findet sofort die Abstimmung über den Einspruch statt.

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien hatten am Sonnabend eine Konferenz mit dem Präsidenten, in der sie sich über die Geschäftslage unterhielten und sich dahin verständigten, die Wahlrechtsanträge am Montag, dem 20. Mai zur Beratung zu stellen.

Die Regierung und die Erbschaftsteuer.

In der Branntweinsteuerkommission des Reichstages nahm am Sonnabend auch Staatssekretär Kühn das Wort, nachdem unsere Genossen zu § 1 beantragt hatten, den höheren Abgabesatz zu beseitigen, um der Erbschaftsteuer die Wege zu öffnen. Schatzsekretär Kühn erklärte hierzu: Soweit angeregt sei, die Wehrvorlage durch eine Erbschaftsteuer zu decken, habe er zu erwidern, daß diese Frage in dieser Kommission nicht gelöst werden könne. Die Erbschaftsteuer würde natürlich für die Regierung wesentlich an Wert verlieren, wenn von den 50 bis 60 Millionen, die sie an Erträge bringen würde, von vornherein 40 Millionen als Ersatz für die Branntweinsteuererträge wegfielen.

Die Regierung möchte also die Erbschaftsteuer zu gern haben, wenn nur die Linken und ihr Anhang ihre Zustimmung geben würden.

Der nationalliberale Vertretertag.

Der am Sonntag in Berlin tagte, war von etwa 1300 Delegierten besucht. Zu einer Debatte über die Differenzen mit den Jungliberalen kam es nicht. Nach einem Referat des Vizepräsidenten des preussischen Dreiklassenhauses, Dr. Krause, wurden die neuen Parteifügungen einstimmig en bloc angenommen. Dadurch hört der Reichsverband der nationalliberalen Jugend als Organ der Partei zu bestehen auf, er kann nur außer dem Parteigeßüge weiterbestehen. Aus der Rede des Abg. Dr. Krause geht hervor, daß der Zweck dieser „Reform“ der ist, etwa unbegrenzte Kundgebungen des jungliberalen Reichsverbandes als nicht bindend von der Partei abzuweisen zu können. Wenn also die Jungliberalen kein wirklichen Liberalismus betreiben wollten, so können sie das auf eigene

Faust tun, aber ein Einfluß auf die Richtung der Gesamtpartei wird noch weniger möglich sein, als bisher. Der weitere Verlauf des Parteitagges war sehr merkwürdig. Nach dem unbedenklichen Jubel, mit dem Abgeordneter Wasser mann begrüßt wurde, hätte man denken müssen, daß sich der Parteitag ganz zu dem immerhin vorhandenen Liberalismus dieses Politikers bekennen würde. Im Laufe der Debatte merkte man aber, daß der Beifallsturm offenbar nur inszeniert war, um Herrn Wasser mann durch eine persönliche Ehrenbezeugung über die sachliche Niederlage, die er gegen die reaktionäre Richtung erlitten hat, hinwegzuführen. Die Rede Wassermanns war zwar chauvinistisch und militaristisch, aber immerhin ermangelte sie nicht liberaler Gedanken und einer nennenswerten Entschiedenheit gegen den Bethmann-Kurs und die Junkerwirtschaft. Aber in der Debatte übertraten sich die Redner, abgesehen nur von dem badischen Fraktionsführer Rebmann, in reaktionären Äußerungen, die durchaus geeignet sind, die Zufriedenheit der Konservativen zu erwecken. Während diese merkwürdigen Liberalen kein Wort über die Politikschmach im Dreiklassenhaus fanden, äußerten sie sich in den empörendsten Wendungen über das angeblich unqualifizierbare Benehmen unserer sechs Genossen! Und Herr Friedberg erklärte rund heraus, daß die Zukunft Deutschlands nur durch ein starkes Preußen gesichert werden könne, und daß die Vorbedingung eines starken Preußens ein beschränktes Landtagswahlrecht sei, welches das Gegengewicht gegen das Reichstagswahlrecht bilden müßte! Auf den einen Rebmann, der wenigstens eine Spur von Verständnis für die sozialdemokratische Bewegung bezeugte, kamen echte Scharfmacherreden der Leidig und Stresemann, und sogar ein „Jungliberaler“, Herr Jung aus Köln, entrißte sich mächtig über die geknebelte Minderheit, die im Dreiklassenhaus die Arbeitermassen vertritt! So bedeutet denn der Parteitag zwar eine äußerliche Genugtuung für Herrn Wasser mann — ob ihn wohl die reaktionären Drahtzieher für so eitel halten, daß er sich durch Beifallsstürme täuschen ließe? — aber in Wahrheit einen völligen Sieg der reaktionären Richtung Friedberg, Schiffer und Schifferer.

Finnland.

Die Lotterikalmität. Unser finnländischer Mitarbeiter schreibt uns: Wie bereits berichtet, sind die meisten finnischen Lotten aus dem Dienst getreten, weil sie die Russifizierung dieser Institution nicht mitmachen wollten. Sowohl sachliche wie ideale Gründe zwangen sie dazu. Die Russifizierung der finnischen Lotterieverwaltung bedeutet eine entschiedene Verschlechterung dieser Institution, sie ist ein frecher Eingriff in die finnische Autonomie und eine gewalttätige Aneignung finnischen Staatsbesitzes. Außerdem bedeutet sie einen Raub der Rechte und Freiheiten der Lotten als finnische Staatsbürger. Dagegen protestieren nun die finnischen Lotten durch Austritt aus dem Dienst. Die Russifikatoren durchsuchen nun das ganze Reich, um die Lottenposten auch nur notdürftig besetzen zu können. Bis jetzt haben sie nur etwa 30 Mann von den Gestaden des Kaspijischen Meeres anwerben können. Außerdem sind etwa 150 Marineinfanteristen nach Finnland abkommandiert worden, die jetzt Lotteriendienste tun sollen. Abgesehen davon, daß dieses Menschenmaterial ganz ungeeignet ist, in den ihnen unbekanntem finnischen Schären als Lotten zu wirken, kommt noch hinzu, daß sie die aus dem Dienst getretenen 500 Lotten auch nicht entfernt zu ersetzen vermögen. Die Navigation in Finnland liegt zurzeit sehr im Argen. Das Fahrwasser ist noch nicht abgesteckt, selbst sehr wichtige Wasserzeichen sind noch nicht aufgestellt. Was der ganzen Sache jedoch die Krone aufsetzt, ist, daß die einkaufenden Schiffe keine Lotten erhalten können. Eine ganze Reihe von Schiffsführern haben in Helsingfors Beschwerden eingebracht, in denen sie betonen, daß sie von den Wachtschiffen nicht nur keine Lotten erhalten haben, sondern daß auch ihre diesbezüglichen Fragen unbeantwortet geblieben sind. Sie beklagen sich über die Gefahr, der sie mit ihrer meist sehr kostbaren Ladung ausgesetzt sind und verweigern nicht nur die üblichen Abgaben, sondern machen noch Schadensersatzansprüche geltend. — Geht das so weiter, so wird die Schifffahrt nach Finnland darunter ganz ungeheuer leiden und Staat wie Einwohner großen Schaden davontragen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 19. Mai.

Achtung Landschaftsgärtnerarbeiten! Sämtliche Landschaftsgärtnerbetriebe Lübeck sind gesperrt. Zutritt von gelehrten und ungelehrten Arbeitern ist streng fernzuhalten. Das Streifenbureau der Gärtner befindet sich Stubenstraße 33.

Frauenwahlrechtsversammlung. Zahlreiche Frauen und Männer waren dem Rufe, Protest zu erheben gegen die Entziehung der Frauen in politischer Beziehung, gefolgt und füllten am Sonntag nachmittag den großen Saal des Gewerkschaftshauses. Eingeleitet wurde die Versammlung durch das von dem Arbeiterlängerbunde angehörigen Sängern vorgelegene Lied „Liedeslust“ von Ahmann, dann ergriff Fr. Martha Hoppe-Verlin zu einem 1/2stündigen Vortrage das Wort. In packenden Worten mußte sie die Leiden der proletarischen Frau zu schildern, die, um das zum Leben Notwendigste zu erwerben, gezwungen ist in die Fabrik zu gehen und somit die Familie zu vernachlässigen. Sie zeigte an der Hand der Unfallstatistik, wie die Frauen ebenso wie die Männer ihre gesunden Knochen im Dienste des Molochs Kapital opfern müssen, daß bei der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft nicht vor dem Weibe Halt gemacht würde. In einer ganzen Reihe von Fragen sei die Frau diejenige, die dem Manne mit wertvollen Ratschlägen und in der Tat zur Seite stehen könne. Die Referentin ging hierbei auf Beispiele anderer Länder, in denen den Frauen schon die politischen Rechte gewährt seien, ein und zeigte hieran, daß der Frau nicht die Fähigkeit, im politischen Leben aktiv mitzumischen, wie dies besonders bei den bürgerlichen Parteien geschehe, abzuwischen werden könne. Die sozialdemokratische Partei sei die einzige aller politischen Parteien, der es Ernst mit der Forderung der Gleichberechtigung der Frau wäre. Nicht aller Parteigenossen sei es daher, die uns noch fernstehenden Frauen und Männer der Organisation zuzuführen, damit endlich auch in Preußen-Deutschland die heute am gleichen Tage von Millionen Frauen erhobene Forderung der Verleihung des allgemeinen gleichen Wahlrechts auch an die Frau, in Erfüllung gehe. Lebhafter Bei-

fall lobte die trefflichen Ausführungen der Referentin. Genosse Gustav Ehlers brachte dann folgende Resolution zur Verlesung:

Die Forderung des Frauenwahlrechts finden ihre beste Begründung in der Revolutionisierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse durch den Kapitalismus. Die Leistungen der Frauen in Industrie und Landwirtschaft, im Handel und Verkehrswesen, die Pflichten, die sie erfüllen als Mütter und Hausfrauen, geben ihnen einen berechtigten Anspruch auf soziale und politische Gleichberechtigung.

Die Frauen fordern das Wahlrecht, um ihre Interessen selbst schützen und vertreten zu können; sie fordern es ferner, um teilzunehmen an der Eroberung der politischen Macht zum Zwecke der Aufhebung der Klassenherrschaft und der Verwirklichung des Sozialismus.

Die am 12. Mai im Gewerkschaftshaus in Lübeck Versammlung erklärten deshalb, daß sie sich zur Ergründung des Frauenwahlrechts in die Reihen der Sozialdemokratie stellen wollen und mit Energie und Ausdauer für die Ergründung des allgemeinen, gleichen und direkten und geheimen Wahlrechts zu allen öffentlich-rechtlichen und politischen Vertretungskörpern für die über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts kämpfen.

Die sozialdemokratische Partei ist die einzige politische Partei, die als konsequente Vorkämpferin für das volle Bürgerrecht des Weibes anzusehen ist.

Ihre wachsende Macht ist die alleinige Gewähr für die Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen und für die Befreiung der Arbeiterklasse von der Klassenherrschaft, wodurch auch der Frau erst das volle Menschentum verbürgt wird.

Die Versammelten geloben daher, die Ausbreitung der sozialistischen Anschauungen zu fördern und an der Stärkung der sozialdemokratischen Organisation und der Verbreitung ihrer Presse unablässig mitzuwirken.

Nachdem eine Diskussion nicht beliebt wurde, wurde die Resolution einstimmig angenommen. Genosse G. Ehlers wies dann am Schluß der Versammlung noch auf das schmerzliche Vorkommnis im preussischen Landtage hin, auf forderte, dies einen neuen Ansporn sein zu lassen für weitere energische Agitation in politischer und gewerkschaftlicher Beziehung. Dann schloß er die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie. Zahlreiche Frauen stellten sich nach Schluß der Versammlung in die Partei aufzunehmen, so daß wir auf einen vollen Erfolg zurückblicken können.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 20. Mai, abends 6 Uhr statt.

Die Eröffnung der Freibadaanstalten. Amlich wird bekannt gemacht: Die öffentliche Doppelbadeanstalt „Kalkenwiese“ in der Vorstadt St. Jürgen wird vom Mittwoch, dem 15. d. M. ab bis auf weiteres geöffnet; an den Sonn- und Feiertagen: von morgens 5 bis nachmittags 2 Uhr, an den Werktagen: von morgens 5 bis nachmittags 1 Uhr und von nachmittags 3 bis 9 Uhr. Die Aufsicht über die Anstalt und deren Besucher ist bis auf weiteres dem Aufseher Lech und seiner Ehefrau übertragen. — Die öffentliche Badeanstalt „Finkenberg“ wird vom Mittwoch, dem 15. d. M. ab bis auf weiteres geöffnet: a) für männliche Personen: an den Sonn- und Feiertagen von morgens 5 bis nachmittags 2 Uhr, an den Werktagen von morgens 5 bis nachmittags 1 Uhr und von nachmittags 5 1/2 bis 9 Uhr. b) für weibliche Personen: an den Werktagen von 8 bis 5 1/2 Uhr nachmittags. Das Baden ist unentgeltlich. Die Benutzung einer Kabine ist nur gegen Lösung einer Kabinenkarte gestattet, die bei dem Badeaufseher oder der Badeaufseherin gegen Entrichtung einer Gebühr von 5 Pfg. zu haben ist. Jede Karte berechtigt nur zur einmaligen dreiviertelstündigen Benutzung einer Kabine. Ein längeres Verweilen ist nur gegen Lösung einer zweiten Karte gestattet. Die Aufsicht über die Anstalt und deren Besucher ist bis auf weiteres dem Aufseher Wiese und seiner Ehefrau übertragen. Die öffentliche Badeanstalt „Mari“ in der Vorstadt St. Gertrud wird vom Mittwoch, dem 15. d. M. ab bis auf weiteres geöffnet; an den Sonn- und Feiertagen: von morgens 5 bis nachmittags 2 Uhr, an den Werktagen: von morgens 5 bis nachmittags 1 Uhr und von nachmittags 3 bis 9 Uhr. Das Baden ist unentgeltlich. Die Aufsicht über die Anstalt und deren Besucher ist bis auf weiteres dem Aufseher Hohbrunn übertragen.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Freitag mittag zwischen 1 und 2 Uhr beim Neubau von Zimmermann in Wandsdorf. Dort waren zwei Eimer in einen 53 Fuß tiefen Brunnen gefallen. Der in Borwerk bei Lübeck wohnhafte Maurer Sengelmann wurde in einem an einer Kette befindlichen Eimer in den Brunnen gelassen, um die anderen Eimer wieder heraufzuholen. Als er beinahe wieder oben war, erfaßte ihn wahrscheinlich ein Schwimbelankfall, denn er stürzte aus dem Gefäß, in dem er sich befand, hinunter in den Brunnen. Man brachte dem Unglücklichen zwar Hilfe, doch konnte er leider nur als Leiche an das Tageslicht befördert werden.

Von dem Automobil des Revierarztes Kamelan wurde am Sonnabend mittag kurz vor 2 Uhr in der Moislinger Allee bei der Lillienstraße das vierjährige Kind des Zollaufsehers Schulz, wohnhaft Lillienstraße 3a, überfahren. Das Kind erlitt einen Bruch des linken Beines und eine Schädelverletzung. Herr Dr. Dinkgrabe leistete die erste ärztliche Hilfe. Der Autofahrer kummerte sich zunächst überhaupt nicht um sein Opfer und fuhr weiter. Dieses rückwärtslose Verhalten fand allgemein die schärfste Verurteilung.

Angehobenes Konkursverfahren. Das Konkursverfahren über das Vermögen des Bäckermeisters Theodor Wölgel in Lübeck ist nach der Schlussverteilung Donnerstag aufgehoben worden.

R. Strafkammer. Sitzung am 11. Mai. Aus Arger über seine Liebste will der junge Arbeiter L. zum Dieb geworden sein. Eines Abends im vergangenen Monat hatte er des Guten zu viel getan und war mit seiner Herzgeliebten in Streit geraten. Er geriet in Zorn und strich nun rachschnaubend durch die Straßen, und in diesem Zustand will er seine Wut an dem schönen, großen Schaufenster eines Zigarengeschäftes ausgelassen haben, indem er es eben gerummerte. Das hatte der junge Held Liebes trunken getan. Im Zinkerwahn will er nun die Gelegenheit benützt haben, für 80 Mk. Zigarren und Zigaretten zu stehlen. Seinen Freund R. beauftragte er nun damit, die Waren an den Mann zu bringen, und dieser begann auch gleich seine Tätigkeit als Zigarrenreißer. Dabei wurde er aber abgefaßt. Obwohl L. bereits zweimal wegen Diebstahls vorbestraft ist, billigte ihm doch das Gericht mildere Umstände zu und verurteilte ihn zu neun Monaten Gefängnis. R. erhielt wegen Hehlerei einen Monat.

R. 500 Mk. Geldstrafe für ein Vergehen gegen den § 330 des St. G. B. Wie der „Volksbote“ seinerzeit mitteilte, stürzte bei einem Neubau, den der Maurermeister L. ausführte, eine neuerrichtete Mauer um, wobei vier Maurer abstürzten, ohne jedoch glücklicherweise Schaden zu nehmen. Die Ursache dieses Unfalles, der leicht schwere Folgen nach sich ziehen konnte, war allein darin zu suchen, daß diese

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber guter Mann, der Maurer **Wilhelm Sengelmann** im Alter von 88 Jahren am 10. Mai infolge Unglücksfalles gestorben ist. Auf's tiefste betrauert von seiner Frau, Kinder und Familie. Beerdigung findet statt am Mittwoch, dem 15. Mai, nachmittags 2 Uhr, vom Friedhof Vorwerk. (320)

Sozialdemokratischer Verein.

Am Freitag verstarb infolge eines Unfalles unser Mitglied der Maurer **Wilhelm Sengelmann.**

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofs aus. Die Parteigenossen sammeln sich 1 1/2 Uhr im „Weißen Hirsche“.
Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Nachruf.

Am 10. Mai verstarb durch Unglücksfall der Kollege **Wilhelm Sengelmann**

(Maurer) im Alter von 88 Jahren. Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 15. Mai, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt.
Die Teilnehmer versammeln sich 1 1/2 Uhr bei Herrn Postl, „Weißer Hirsche“.
Der Vorstand.



Nachruf.

Am Freitag, dem 10. Mai, starb durch Unglücksfall unser Bundesgenosse **Wilhelm Sengelmann.**

Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 15. Mai, nachmittags 2 Uhr, vom Vorwerker Friedhof aus statt.
Sammelpunkt der Genossen 1 1/2 Uhr bei Mirow, Fackelburger Allee (Einkehrstelle). Um recht zahlreiche Beteiligung bitten.
Der Vorstand.

Gesucht ein tüchtiges **Hausmädchen** (339) Fleischhauerstraße 13.

Gesucht eine ordentliche **Morgenfrau** (341) Fleischhauerstraße 13.

Saubere Frau sucht nachmittags oder abends circa 2 Stunden Beschäftigung. Angebote unter **S M** an die Exp. d. Bl. (338)

Gesucht zu sofort ein **jünger, Hausburische** (340) Fleischhauerstraße 13.

Schon zurechtgemachte **2-Simmen-Wohn.** (Bart.) Garten vorn, fortzugshalber zum 1. Juli ev. früher zu verm. (326) Segebergstraße 7, pt.

Ein **starker Sportwagen** zu verkaufen. Preis 350 Mk. (329) Segebergstr. 19, I.

Ein **guterhaltener Kinderwagen** mit Nickelgestell und Gummireifen zu verkaufen. (286) Langer Lohberg 1, II.

1 **Fahrrad** mit Freilauf zu verkaufen. (319) Rabeburger Allee 42.



Neue Subskriptions = Eröffnung

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch für nur 25 Pfennig

Carl Hagenbeck Von Tieren und Menschen

pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressantesten Erlebnisse und Erfahrungen.

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stoff jeder Bibliothek, einen Hauschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in **Raten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.**



„Ein Volksbuch im besten Sinne“
ist Carl Hagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielt, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht es, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

80000 Exemplare bereits verkauft
Carl Hagenbeck der bloße Name läßt vor den Augen die seltsam anziehendsten Bilder erheben von jenen Erlebnissen, deren Jagdgründe die Jäger und Jägerinnen des größten Tierreiches der Welt durchstreifen, dem fast sämtliche zoologischen Gärten ihre Beiträge verdanken. Allgemein bekannt sind die erkaunten Erfolge Hagenbeck'scher Zucht, die Löwen, Tiger, Wären und andere wilden Tiere in friedlichem Zusammenleben zusammenhaufen läßt. Carl Hagenbeck's Mitteilungen sind die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

Carl Hagenbeck's Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Weltkammergründet hat, und enthält eine Fülle schmerzlicher Lebenserfahrung. Auch für die reife Jugend bedeutet Hagenbeck's Wert ein Buch, wie es sich besser nicht denken läßt.
Von der ersten bis zur letzten Seite hält uns der Juchst der oft mit zu Herzen gehender Humor vorgetragenen Schilderungen gefangen. Dabei ist Carl Hagenbeck's Werk keine bloße Unterhaltungsschrift, es ist ein Bildungselement ersten Ranges. Ein neuer „Brehm“ liegt hier vor uns, seiner lehrreichen Form entfaltet und um die Offenbarungen eines weltumfassenden Gesichtspunktes bereichert.
Das Werk ist auch in einem **M. 6.** Bande zum Preise von **M. 6.** zu beziehen von der Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

Kindermehl
Poehls
Krankenkost
Aerztlich empfohlene Nahrung für gesunde & magen- und darmkranke Säuglinge, ältere Kinder und Erwachsene

Zu haben in Apotheken und Drogerien. (322)

Käse-Lager Schlumacherstr. 12.
Große Posten Tilsiter Käse Pfund 20 und 30 Pfg. (332)

Meinen werten Kunden die ergebene Mitteilung, daß ich am Freitag, dem 10. d. M., meine **Bäckerei** Herrn **Adolf Voigt** aus **Varchin** übergeben habe. Indem ich für das mir bisher in so reichem Maße geschenkte Vertrauen und Wohlwollen herzlich danke, bitte ich, dasselbe auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen. Hochachtungsvoll **Karl Claus.**
Höflichst auf obiges bezugnehmend, wird es jederzeit mein Bestreben sein, durch prompte Bedienung und saubere Herstellung der Waren meine werte Kundschaft zufriedenzustellen. Hochachtungsvoll **Adolf Voigt, Bäckermeister.** (324)

Neu eingetroffen!
Moderne Wanduhren billig
Aug. Büttner Uhrmacher
334) 32 Huxstraße 32.



Vereinigte Butterhändler von Lübeck und Umgeg.
Allerfeinste Meiereibutter kostet Pfd. 1.35 Mk. (338)

Dienstag morgen bin ich mit Seeftisch auf dem Schwartauer Marktplatz. **Große Schellfische, Seelachs, Kabeljau Pfd. 20 Pfg., Schollen, Rotzungen Pfd. 40 Pfg., feinste Fischcarbonade Pfd. 40 Pfg., Rhabarber, Gurken, Spinat, Radies.** (328) **E. Boy.**

Achtung!
Steinsetzer u. Berufsgen. Versammlung
am Dienstag, dem 14. Mai abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.** (342)

Kalnbergs Variété und Kabarett. Heute 8 1/2 Uhr: **20 Programmnummern.** Entree: 20 Pfg. (337)

Heute Waggon Magn. bonum Kartoffeln in nur feinsten Ware eingetroffen, 10 Pfd. nur 50 Pfg., 100 Pfd. billiger, Magdebg. und blaue, gelbe Eierkartoffeln, lange gelbe und lange rote empfiehlt **(335) C. Prestin, Fleischhauerstr. 60.**

Waldschule Lübeck-Wesloe.

- 1. Gabenverzeichnis.**
St. Lorenz-Verein Mk. 30, Prof. Dr. H. 10, Heinrich-Gaebler-Stiftung 300, Konsum-Verein für Lübeck und Umg. 75, Sühnegeld K. u. J. 20, Westerer Stiftung 100, Sühnegeld K. u. W. 5, St. Gertrud-Verein 45, Genossenschafts-Bäckerei 150, Fr. F. L. 6, Stockelsdorfer Kredit-Verein 50, Gef. z. Ver. gemeinn. Tätigkeit 800, Landr. Dr. C. 20, B. Dr. 10, Fr. L. H. 5, M. F. 5, Frau Senator H. 180, W. 3, Verein der Walt- u. Schanwitz 50, G. C. G. u. Co. 18, Aug. B. 3, Frau A. G. 15, Konsul W. 20, D. J. 6, Frau Dr. Co. 3, Geheimr. A. 10, Fr. v. A. 3, F. W. 10, Gen.-Konsul W. 20, Lidw. W. 10, Fr. A. W. 5, G. W. 5, Dir. K. 3, Lehrer B. Wulfsdorf 3, Dr. A. 3, W. u. Tr. 5, Tr. B. 10, Senator Dr. R. 10, G. 2, 12, C. L. 3, Fr. L. H. 50, Dr. M. 5, Mich. C. 3, Frau M. 2, 4, Mich. L. 5, Heimr. B. 10, Fr. L. 3, Fr. R. 2, Fr. L. 3, Dr. L. 3, Joh. M. 5, Dr. R. 3, O. L. 3, Dr. Pa. 5, Frau V. 2, Dr. R. 10, Fr. Chr. 3, Senator Dr. R. 10, Aug. Dr. 10, Paul H. 10, Ludw. S. 3, Th. Ha. 5, M. G. 5, D. C. 3, J. G. 6, Senator H. C. 5, Carl D. 5, W. M. 3, F. G. 5, Dr. Th. C. 5, F. W. C. 5, Dr. D. 3, Frau W. C. 3, C. G. 5, Senator K. 10, Frau V. R. 5, M. 3, C. R. 10, G. J. 10, Ha. u. Pol. 10, H. Ho. 3, R. Di. 2, S. H. 3, W. S. junior 3, Aug. G. 10, S. H. 5, G. C. 1, M. S. u. Co. 6, Fr. J. F. 5, G. C. 3, Prof. Dr. C. 3, C. C. 3, Di. 6, Frau v. G. 10, Ap. R. 2, Fr. W. 1, C. Dr. 2, Pastor B. 3, F. B. 2, Carl Bl. 2, Frau H. Dr. 3, Frau F. W. 10, Frau 3, Pastor Ho. 3, Frau Senator B. 20, Pastor Dr. 3, Frau Dr. Br. 5, Bu. 3, Frau B. 3, Pastor G. 5, W. B. 10, Fr. Dr. 5, Frau C. W. 4, Postassst. Dr. 2, A. B. 5, Senator H. 3, G. W. 1, D. Wa. 10, H. We. 3, W. B. 3, W. Sch. 5, W. B. 10, G. Lo. 3, C. Wi. 3, H. Sp. 5, Dir. D. Schm. 3, Senator St. 5, Fr. L. Sch. 5, G. C. 5, F. W. 1, Dr. Sch. 3, H. Str. 5, Joh. W. 3, Zwölferklub 12, C. W. 3, C. H. 3, W. B. 10, G. D. 2, Frau Senator F. 3, C. L. H. 3, Frau W. Dr. 10, Dir. R. 10, Kn. u. Wa. 30, Fr. Pa. 2, E. M. 5, G. F. 3, Fr. C. v. B. 5, Frau Konsul F. 2, Senator Dr. R. 5, C. L. 3, L. B. 2, Dr. R. 3, Hauptpastor J. 3, H. Cl. 3, W. Ra. 2, C. v. L. 20, G. B. 3, Veranstat. Stadthalle 429, 38. Summa Mk. 2585, 30.

Für diese Gaben danken wir herzlich. Weitere Spenden werden erbeten und mit Dank entgegen genommen. (331) Die Waldschul-Kommission.



Dienstag:
3 große Entscheidungskämpfe.
Entscheidungskampf:
A. Sturm gegen van Andree (Weltmeister) (Champ. v. Holland)
Entscheidungskampf:
Mamutow gegen Gambler (Rußland) (Frankreich)
Entscheidungskampf:
van Andree gegen Reglin (Holland) (Lübeck)
Vorher das **Variete-Programm.** Anfang 8 1/2 Uhr. (333)

Neues Stadttheater.
Montag, 13. Mai. Abends 7 1/2 Uhr. 199. Voll-Ab. 32. Montag-Ab. **Letzter Festspielabend.**
Judith.

Schauspiel von Friedrich Hebbel. „Judith“ — Ubele Doré a. G. „Holofernes“ — Paul Wegener a. G. Dienstag, 14. Mai. Abds. 7 1/2 Uhr. 200. Ab.-Vorst. 32. Dienstag-Ab. **Die Magd als Herrin** (Serva padrona). Buffe-Oper von Pergolesi. **Joseph in Egypten.** 321) Oper von Mehul. Mittwoch, 15. Mai. Abends. 7 1/2 Uhr. Außer Abonnem. Kleine Preise. Abschieds-Vorstellung für die Herren von Schenck und Langefeld. **Zar und Zimmermann.** Komische Oper von Albert Lortzing. **Schluß der Spielzeit.**

Deutscher Holzarbeiterverband
Zahlstelle Lübeck.
Ausserordentliche General-Versammlung
am Dienstag, dem 14. Mai 1912
abends 8 1/2 Uhr
im **Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.**
Tagesordnung:
1. Beitragsfrage. 2. Sommervergütungen. 3. Verschiedenes.
Die Ortsverwaltung. (325)

Militäretat und Duellfrage in der Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Reichstages beendete die Beratung des Militäretats. Die Kommission trat hierauf in die Beratung der Duellfrage ein, die durch den Zusammenstoß des Kriegsministers mit dem Zentrum in der Reichstags-Sitzung vom 24. April aufs neue aufgeworfen wurde. Es lagen hierfür drei Resolutionen vor. Der Wortlaut der Zentrumsresolution ist bereits mitgeteilt worden. Die sozialdemokratische Resolution lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, er möge die erforderlichen Schritte tun, um dem gesetzwidrigen Duellwesen im Heer dadurch ein Ende zu machen, daß ein jeder Offizier oder Militärbeamte, der zum Duell herausfordert oder eine Herausforderung annimmt oder sonst bei einem Duell mitwirkt, oder durch die Androhung mit Benachteiligungen irgendwelcher Art einen Angehörigen des Heeres zum Duell zu veranlassen sucht, aus dem Heeresverbande zu entfernen ist.“

Die freisinnige Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Reichskanzler zu ersuchen, die erforderlichen Schritte zu tun, um dem gesetzwidrigen Duellwesen im Heere dadurch ein Ende zu machen, daß außer der Reform der Ehrengerichtsordnung noch eine Änderung des Militärstrafgesetzbuches in dem Sinne herbeigeführt wird, daß bei der Bestrafung des Weiskampfes und der Herausforderung zum Zweikampfe auf die Nebenstrafe der Entlassung aus dem Heere zu erkennen ist.“

Genosse Ledebour führte zur Begründung der sozialdemokratischen Resolution etwa folgendes aus: Mit seiner Erklärung vom 24. April hat der Kriegsminister sich zu der bisher beim Offizierskorps geltenden Auffassung über das Duell bekannt. Der Fall Sambeth muß für die Erörterung schon deshalb ausscheiden, weil Sambeth seinen prinzipiell ablehnenden Standpunkt dadurch verlassen hat, daß er unter den Gründen für seine Duellverweigerung auch den anführte, sein Gegner sei nicht jatisfaktionsfähig. Der Duellzwang sei in den Mittelpunkt der Verhandlungen zu stellen. Unter Billigung des Kaisers und der Heeresverwaltung werden Offiziere gezwungen, ein Duell auszufechten, falls der Ehrenhandel einen entsprechenden Gang genommen hat. Die Berufung auf menschliche und göttliche Gebote nützen dem Offizier nichts, will er nicht seiner Stellung verlustig gehen. Dieser Zwang muß beseitigt werden, er steht, wie der Duellzwang überhaupt, im Widerspruch mit den Gesetzen und dem Empfinden der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Der Zwang wird ausgeübt durch terroristische Mittel der drohenden Ausschließung aus dem Heere und der Desamierung des Duellverweigerers innerhalb des Kreises, dem er bisher angehört hat. Das ist etwas, was mit dem Kriegsminister zu sprechen, das nicht mehr ertragen werden kann, im Interesse der Rechtsauffassung und des allgemeinen sittlichen Empfindens, das im deutschen Volke herrscht. Wir Sozialdemokraten wollen die Anwendung von Mitteln, die dem Duellzwang ein rasches Ende bereiten. Das beste Mittel ist eben die Entfernung derjenigen aus dem Heere, die Duelle ausfechten, dazu aufzuredern, Beihilfe leisten, oder durch terroristische Handlungen

gen und Drohungen Duelle erzwingen. Eine besondere gesetzliche Regelung ist deshalb nicht notwendig, weil ebenso gegen Duellanten auf Entlassung erkannt werden kann, wie ja auch Offiziere entlassen worden sind, weil sie sich nicht duelliert haben. Die Zentrumsresolution steht im Gegensatz zu der Erklärung des Abg. Spahn, der dem Kriegsminister und dem Offizierskorps vorgeworfen hat, daß sie sich mit ihrer Duellauffassung außerhalb der Gesetze stellen. Die Zentrumsresolution bedeutet die prinzipielle Billigung des Duells, wie der Wortlaut ergibt, akzeptabler sei dagegen die Resolution der Freisinnigen. Unter allen Umständen müsse aber nunmehr energisch gegen den Duellzwang eingeschritten werden.

Abg. Gröber: Der Gegensatz in der Auffassung über das Duell zwischen dem Kriegsminister und dem Zentrum sei unüberbrückbar. Gegen die Auffassung der Heeresverwaltung habe sich der Reichstag sehr oft ausgesprochen. Wenn gesagt werde, es gebe schwere Konflikte, die nur mit der Waffe in der Hand gelöst werden können, so sei das falsch, z. B. beim Ehebruch. Sei das richtig, daß der beim Ehebruch beleidigte Ehemann sich auch noch vor die Pistole des Ehebrechers stellen soll, statt daß der Ehebrecher mit Schimpf und Schande aus dem Heere ausgestoßen wird? Das Duell in einem solchen Falle sei gegen alle Vernunft und alles Recht, es sei der helle Wahnsinn. In England wurde in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts das Duellgesetz scharf bestraft, die Offiziere, durch Erklärungen und Abbitte Konflikte zu lösen. Seit 1845 ist in England auch kein Duell zwischen Offizieren mehr vorgekommen. Zahlreiche deutsche Offiziere bekennen sich unter vier Augen als Gegner des Duells, freilich wagen sie unter den gegebenen Verhältnissen nicht, ein solches Bekenntnis öffentlich abzugeben. Wenn der Kaiser ein strenges Wort gegen das Duell sprechen würde, könnte es beseitigt werden. (Abg. Ledebour ruft: Die Prinzen lehnen das Duell auch ab, ihre verletzte Ehre braucht nicht durch eine Bluttat gestützt zu werden!) Durch die Kabinettsordre vom Jahre 1897 habe der Kaiser bewiesen, daß er bestrebt ist, die Duelle zu beseitigen. Da er auch auf die Disziplin im Heere zu achten habe, laut Reichsgesetz, könne wohl von ihm eingeschritten werden, wie auch jenes Gesetz dem Reichstag die Möglichkeit bietet, Maßregeln gegen das Duellwesen zu ergreifen. Gröber wendete sich zum Schluß gegen sozialdemokratische Forderung, auch wegen Beihilfe zum Duell auf Entfernung aus dem Heere zu erkennen.

Abg. Müller-Meinigen betonte, daß die Ehrengerichtsordnung von 1874 ungesetzlich sei. Der Reichstag habe damals allerdings den schweren Fehler gemacht, sie stillschweigend zu billigen. Ungesetzlich sei auch die Kabinettsordre von 1897, denn die Kommando-gewalt, die der Kaiser über das Heer besitze, gebe ihm nicht das Recht, durch Ordres das Strafgesetzbuch zu durchbrechen. Das Ehrengerichtsverfahren bedürfe der reichsgesetzlichen Regelung und Erledigung.

Kriegsminister v. Heeringe betonte, daß auch die Duell als ein Verbrechen, aber als ein solches mit dem in unserer unvollkommenen Welt noch gerechnet werden müsse. Die Ehrengerichtsordnung sei ein Armeebefehl, sie nicht anerkennen zu wollen, bedeute einen Eingriff in die Kommandogewalt des Kaisers. Die Kabinettsordre von 1897 habe zur Verminderung der

Duelle geführt. Von 1890 bis 1897 kamen auf je 10 000 Offiziere 6,3 Verurteilungen wegen Duellvergehens, von 1897-1904 nur noch 4,1 Verurteilungen. Bei den aktiven Offizieren sei der Rückgang ein noch verhältnismäßig stärkerer. Der Kaiser bemühe sich ernstlich um die Verminderung der Duelle. Er habe seit 1897 in 71 Fällen, wo Offiziere sich nicht dem Beschluß des Ehrengerichts fügten, gegen diese Offiziere eingeschritten und dadurch Duelle verhindert. Der Minister versprach zum Schluß, alles tun zu wollen, um gegen die Duelle anzukämpfen; besonders wolle er auf strenge Beachtung der Kabinettsordre dringen.

Abg. Schiffer wendete sich ebenfalls gegen den Duellzwang, der in der Tat unerträglich sei, ebenso, daß der Kaiser, der doch auch der Träger des Rechtsgebänkens sei, auf der anderen Seite indirekt ungesetzliche Handlungen (Duell) zulasse. Schiffer trat weiter für die Verschärfung der Beleidigungsparagrafen im Strafgesetzbuch ein, weil angeblich die heutigen Bestimmungen zu milde sind. Die Ehre müsse besser geschützt werden, damit niemand mehr sagen könne, der Schutz des Staates sei unzureichend, also müsse mit der Waffe erhöhter Schutz erkämpft werden. Er warne vor einem allzu radikalen Vorgehen gegen das Duell, weil dadurch sonst das feste Gefüge der Anschauungen im Offizierskorps erschüttert werden würde.

Genosse Haase hielt dem Zentrum vor, daß es zwar den grundsätzlichen Unterschied zwischen seiner und des Kriegsministers Auffassung über das Duell betone, aber eine Resolution vorschlage, die auch der Kriegsminister akzeptiere. (Die Resolution des Zentrums ist offenbar zwischen diesem und dem Kriegsminister vereinbart worden, v. U.) Die Zentrumsresolution lasse das Duell zu! Soll denn jemand, der hohen moralischen Mut bewiesen habe, aber vielleicht aus nervöser Veranlagung sich weigere, vor eine Pistolenmündung sich zu stellen, deshalb weniger ehrenhaft sein, als einer mit umgekehrter Veranlagung? Um der Ehrengerichtsordnung sowie an der Kabinettsordre über den Offiziers Haase gleichfalls lebhaft Kritik und forderte zum Schluß energisches Einschreiten gegen den Duellzwang.

Die Weiterberatung wurde hierauf vertagt. Der sozialdemokratische Antrag, am 1. Oktober d. J. die Mannschaftslöhne pro Kopf und Tag um 10 Pfg. zu erhöhen, wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt, dagegen ein Zentrumsantrag angenommen, der eine Erhöhung um 8 Pfg. forderte, unter Wegfall bisher an bestimmte Truppenteile gewährter Zuschüsse.

Der Frauentag.

Der zweite Frauentag, den die deutschen Proletarierinnen am Sonntag, dem 12. Mai abhielten, gestaltete sich zu einer wichtigen Kundgebung für das Frauenwahlrecht. Zahllos waren die Demonstrationssammlungen, die überall am Sonntagmorgen in den Proletarierfrauen Begegnungen geben sollten, einmal ihr Recht, für die politische Gleichberechtigung, für das Wahlrecht der Frauen, einzutreten. Die Zeiten sind längst vorüber, wo die Frauen den politischen Vorgängen gleichgültig gegenüberstanden. In rasch wachsender Zahl nehmen schon in ruhigen Zeiten die Frauen am politischen Leben teil, und keine Versammlung, in der die Männer Tagesfragen beraten, keine Parteiversammlung, keine öffentliche Kundgebung, wo nicht auch die Frauen stark vertreten sind. Der 12. Mai war aber ihr Tag. Auf eigene Füße wollten sie sich stellen und ohne Unterstützung der Män-

Die Evangelistin.

Psychologische Studie von Alphonse Daudet.

(87. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Sie hat sich nicht von der Stelle gerührt, und in der Reihe der bis in den Hintergrund zusammengegedrängten Köpfe, sieht Auffanden immer nur sie, die das Geheimnis ihrer glänzenden Augen unverwandt auf ihn gerichtet hat. Zum zweiten Male, streng nach dem Ritus, wiederholt er langsam und feierlich: „Wenn einer unter Euch ist, welcher nicht bereut und nicht die göttliche Gerechtigkeit anerkennt, und nicht das Übel wieder gutmachen will, das er seinem Nächsten zugefügt hat, so sage ich ihm, daß er sich von diesem Tisch entfernen möge, damit er ihn nicht entweihe.“

Alle diese Christen sind sich ihrer selbst sicher; nicht einer, der erbebt und die imposante Unbeweglichkeit der starrenden Menge gestört hätte.

Darauf der Pfarrer mit erster Stimme: „Nähert Euch jetzt, meine Brüder, dem Tische des Herrn.“

Bei den volltönenden und mächtigen Klängen der Orgel bewegten sich die vordersten Reihen, lösten sich und begannen um den leeren Raum vor dem Tische einen Galbtreis zu bilden. Ohne hierarchische Ordnung, der Diener an der Seite des Herrn, der englische Hut der Gouvernante zwischen den aristokratischen Toiletten; ein grobartiges und kaltes Schauspiel, das gut in Übereinstimmung mit den nackten Mauern und dem wirklichen Brote in den Schalen stand, jedenfalls war diese Einfachheit der feierlichen Zurückkunft mehr der unspruchlichen Kirche angepaßt, als das mit Symbolen gestickte Tisch Tuch bei dem katholischen Abendmahl.

Nach einem kurzen, stillen Gebete erhebt der Pastor den Kopf und sieht neben sich, Gebet an seiner rechten Seite, Frau Aulheman. Bei ihr sollte die Kommunion den Anfang nehmen; ihr fest geschlossener Mund, ihre Wäpfe, sagten deutlich genug, daß sie verstockt und nicht bereuend hierher kommt, daß sie dem trogen wolle, der sich nicht gescheut hat, sie öffentlich anzuklagen. Auffanden ist nicht minder blaß. Er hat das Brot gebrochen, hält es über die Schale, und während die sanften Klänge der Orgel allmählich ausdönend verschwinden, gleich den Wogen der zurücktretenden Flut, kann man sehr deutlich die geheiligten Worte vernennen: „Das Brot, das wir brechen, ist der Leib Jesu Christi, unseres Herrn.“

Eine kleine, vom Handschuh entblößte Hand greift zitternd darnach. Er scheint es nicht zu bemerken; und leise, ohne eine Bewegung, ohne einen Blick:

„Wo ist Lina?“

Keine Antwort.

„Wo ist Lina?“ fragt er nochmals.

„Ich weiß es nicht . . . Gott hat sie genommen.“

Hierauf bestigt:

„Fort von hier . . . Sie sind unwürdig . . . Für Sie gibt es nichts am Tische des Herrn.“

Die ganze Versammlung hat seinen Ausruf vernommen, seine Gebärde verstanden. Während die Schale um den Tisch von Hand zu Hand geht, verschwindet Johanna Aulheman, kaum betroffen, hochmütig und aufrecht, keiner Beleidigung ausgesetzt, in den sich ihr öffnenden Reihen, gewiß weniger ergriffen, als der durch den Rückschlag seiner Erregung niedergeschmetterte Pastor. Kaum besaß der arme Mann noch die Kraft, den Kelch, dessen Inhalt zwischen seinen Fingern herabtropfen, aufzuheben. Die Kommunion ist beendet, die heilige Tafel abgedeckt und seine Stimme best, indem er das Schlußgebet spricht, seine Geisshände zittern und vermögen nicht mehr mit Sicherheit den Segen zu erteilen.

Gewöhnlich füllt sich nach dem Gottesdienste die Sakristei mit Freunden, Katechumenen, welche ihre Begeisterung dem Prediger gegenüber ausdrücken. Auffanden ist heute allein in diesem weiten Räume, in welchem die Bilder und Büsten der großen Reformatoren der Kirche an den Wänden thronen; der Jörn und der Abscheu, der auf den Gächtern lag, als er die Menge durchschritt, gaben seiner Isolierung eine Bedeutung. Die Verweigerung des heiligen Abendmahls ist eine sehr ernste Sache. Er hat sein geistliches Recht überschritten, und dieser Mißbrauch der Amtsgewalt kann ihm teuer zu stehen kommen. In einem ähnlichen Falle, der sich vor einigen Jahren in Lyon zutrug, schloß man die Kirche und setzte den Geistlichen ab. Und so seinen traurigen Gedanken nachhängend, erblickt der Pfarrer vor sich an der Wand der Sakristei einen alten und ungekünstelten Stuhl, einen „Prediger in der Wüste“ darstellend, zur Zeit der Verfolgungen, ein ganzes Volk vor ihm auf den Knien, und der Geistliche in schwarzem Talare in seinem engen und beweglichen Häuschen, welches sie, gleichsam eine Schildwache bildend, bewachen.

Diese Gebirgslandschaft, diese Basaltfelsen unter den großblättrigen Kastanienbäumen, erinnern ihn an sein Pastorat in Wegenez, inmitten der schlächtigen Gemäler. Nun gut, wenn man ihn absetze, wenn man ihm selbst eine kleine

Pfarr, wie Mondardier war, verweigere, wird er in den Hütten der Kohlenbrenner schlafen, und den Gottesdienst unter freiem Himmel für die Herden und ihre Hüter abhalten.

Ja, aber „die Gute!“

Daran hatte er noch nicht gedacht. „Die Gute“, welche in zwei Tagen zurückkehren wird. Welcher Auftritt! Und er, der Dekan der Kirche, er, der die Gerechtigkeit Gottes ausübt, der nicht zurückschrecken vor dem Ernst seiner Handlung, und der Rache der Aulhemans, er zittert bei dem Gedanken an die kleine, zornige Frau, und arbeitet schon in seinem verwirrten Kopf an dem Brief, den er ihr schreiben will, um den ersten Sturm bei der Ankunft in etwas abzuschwächen.

Um ihn herum geht man in die Sakristei. Der Küster der Kirche und seine Frau stellen die heiligen Gegenstände des Gottesdienstes in Ordnung, ohne den Pastor anzureden, aus Furcht, sich etwa bloßzustellen.

Die Unbedeutenden sind es immer, die sich beeilen, die Zeichen der Ungnade kund zu geben. „Gehen Sie . . .“ Er erholt sich mit Mühe, um sich zum Ankleiden in das kleine Nebenzimmer zu begeben. In der weiten, weißen Kirche hallt immer noch ein dumpfer Lärm, den die Menge, in sich abmindernden Schwingungen, hinter sich läßt, dem Schwanken des Dampfbootes ähnlich, welches noch bleibt, wenn auch die Maschine schon stillsteht und die Schraube zu schlagen aufgehört hat.

Auf der Schatten gewinnt an Ausdehnung. Die Emporen hüllen sich in Schwarz, die schweren Teppiche, welche man unter dem heiligen Tische und der Bank der Diakonen ausbreitet, sind aufgerollt und aufgeschichtet; es ist die düstere ernste Toilette der Kirche, ähnlich der des Theaters, wenn der Vorhang gefallen.

Auffanden beibt den Schritt, tritt aus dem Ankleidezimmer und bleibt ganz erschreckt auf der Schwelle stehen. Seine Frau ist da. Sie hat alles gesehen, alles gehört, und bei dem Geräusch der Türe stürzt sie sich vor, die Kinnladen vorgestreckt, den im Gedränge arg zugerichteten Hut auf den ergrauten Haaren.

„Meine Gute . . .“ stottert der arme niedergeschlagene Dekan. Sie läßt ihn nicht länger nach Worten suchen:

„Ach, mein Freund . . . mein geliebter Gatte — Du edler Mann! . . .“

Und schluchzend wirft sie sich in seine Arme.

„Wie! . . . Du weib?“

„Ja, ja, und er habe es gut gemacht und diese Kinderdiele hätte nun die Strafe, die sie verdient.“

